

Beschluss des Bundesvorstands

Gemeinsam für Weltoffenheit und Meinungsfreiheit

- 1) Wir verurteilen den grausamen Terroranschlag auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo und die Attentate auf die Druckerei und den jüdischen Supermarkt zutiefst. Wir trauern um die Opfer dieser abscheulichen Taten. Wir stehen an der Seite der Hinterbliebenen, der BürgerInnen der französischen Republik und auch der mutigen JournalistInnen, die weltweit viel riskieren, oft ihre Freiheit oder gar ihr Leben.
- 2) Diese Taten sind ein feiger Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit und damit auf unsere zentralen demokratischen Werte. Sie basieren auf einer rückwärtsgewandten, unmenschlichen Ideologie, die sich anmaßt, die Religion des Islam als vermeintliche Legitimation für Hass und Mord zu missbrauchen. Islamistische Gewalt ist keine Verteidigung, sondern ein Angriff auf den Islam. Die Opfer dieses Terrors sind Gläubige und Nicht-Gläubige. Er trifft gleichermaßen ChristInnen, JüdInnen und MuslimInnen. Gemeinsam müssen wir uns diesen zerstörerischen Kräften entgegenstellen. Es geht um die Verteidigung einer offenen und demokratischen Gesellschaft.
- 3) PEGIDA und die AfD wollen die Hassverbrechen von Paris für ihre eigenen Interessen instrumentalisieren. Das ist zynisch, denn auch PEGIDA richtet sich gegen Toleranz, gegen Weltoffenheit und gegen demokratische Werte in Deutschland und Europa. Die Trennlinie zwischen uns und den Attentätern ist nicht Religion, wie uns Pegida und AfD weismachen wollen. Viele MuslimInnen, die bei uns leben oder zu uns kommen, fliehen genau vor islamistischen Fundamentalisten in ihren Heimatländern. Die Trennlinie ist Intoleranz. Unabhängig davon, woher wir kommen und woran wir glauben: Wir müssen eine Karikatur oder einen Artikel nicht mögen, aber wir müssen es aushalten und vor allem gegen Drohungen und Angriffe verteidigen.
- 4) Die Attentäter von Paris wollen unsere Gesellschaft spalten. Wir dürfen als Gesellschaft nicht darauf hereinfallen. Vielmehr müssen wir gemeinsam – Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Politik und Wirtschaft – aufstehen für Toleranz, Weltoffenheit, Freiheit und Demokratie. Wir streiten dafür, dass sich nach den Anschlägen kein Klima der Angst ausbreiten kann und stehen an der Seite aller von Fundamentalismus betroffenen Menschen.
- 5) Wir streiten dafür, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt, das Menschen in Not Schutz gewährt und in dem Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion willkommen sind. In diesem Sinne werden wir uns konstruktiv in die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz einbringen und für bessere Integrationschancen für Flüchtlinge und EinwanderInnen eintreten.
- 6) Wir werden nicht zulassen, dass die Anschläge zur weiteren Einschränkung von Freiheit und Bürgerrechten in unserem Land missbraucht werden. Die Debatte um sicherheitspolitische Lehren und Konsequenzen aus den Anschlägen von Paris muss mit Besonnenheit und Augenmaß geführt werden. Jetzt wie die CSU reflexhaft nach schärferen Gesetzen und nach der Vorratsdatenspeicherung zu rufen, obwohl diese Mittel die Anschläge in Frankreich nicht verhindern konnten, ist unwürdig. Dem werden wir uns entgegenstellen.

- 7) Wir wollen junge Menschen vor religiöser Radikalisierung schützen und aus den Händen der islamistischen Rattenfänger zurückzuholen. Prävention und Integration stehen dabei für uns im Vordergrund. Hier müssen der Staat und die muslimischen Gemeinden eng zusammenarbeiten.
- 8) Wir fordern eine breite, konzertierte Informations- und Dialogkampagne, um Vorurteile abzubauen und Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen.
- 9) Wir begrüßen die zahlreichen Mahnwachen und Kundgebungen für Weltoffenheit und Meinungsfreiheit sowie die klaren Worte islamischer Verbände und Religionsgemeinschaften gegen Fundamentalismus und Gewalt. Wir rufen dazu auf, sich daran zu beteiligen, u. a. an der Mahnwache des Zentralrats der Muslime und der türkischen Gemeinde Berlin, am Dienstag, 13. Januar 2015 um 18:00 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin.